38 / 2012 www.SBL2013.de 30.11.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wer glaubt, dass in der Woche vor dem Ersten Advent Besinnlichkeit und Ruhe einkehrt, den muss ich enttäuschen! Das Jahr endet mit Chaos, so wie es auch begonnen hat. Da werden Parlamentsrechte mit Füßen getreten, in dem innerhalb von 48 Stunden über Hilfen für Griechenland abgestimmt werden soll, ohne das Beratungsunterlagen vorliegen! So geht es nicht! Aber es gab auch positives: So hatten wir diese Woche einen Gewerkschaftsjunior zu Gast, der im Rahmen eines Hospitantenprogramms der SPD mit dem DGB eine Woche mit in Berlin dabei ist. Ein guter Austausch zwischen Partei & Gewerkschaften! Und dann ist es nun amtlich: Der Wahltermin für die Bundestagswahl steht fest! Wir wählen am 22.9.2013 den 18. Deutschen Bundestag und lösen dann mit rot-grün die Bundesregierung ab und gewinnen unseren Wahlkreis wieder direkt zurück! Trotz allem wünsche ich euch ein gemütliches 1. Adventswochenende. Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Rente – Wir werden Altersarmut nicht hinnehmen!

Wir haben am vergangenen Wochenende – nach ernsthafter Diskussion – mit dem Beschluss des Rentenkonzepts ein klares Signal gegeben: Wir werden Altersarmut nicht hinnehmen.

Zuerst und vor allem geht es darum, Erwerbsarmut zu bekämpfen, um Armut im Alter zu verhindern. Denn nur aus guten Löhnen werden gute Renten. Wer aber schon lange Jahre mit geringen Löhnen versichert war, soll nicht befürchten müssen, auf Sozialhilfeniveau zu fallen. Eine Solidarrente von 850 Euro wird mehr Leistungsgerechtigkeit für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringen. Wer am Ende seines Erwerbslebens nicht mehr kann, soll auf faire und gesicherte Übergänge in den Ruhestand vertrauen können.

Wir werden außerdem die Rentenberechnung in Ost und West bis 2020 angleichen. Wir gehen mit einem umfassenden Konzept in das Wahljahr 2013. Wir werden zum Thema machen, dass die schwarz-gelbe Koalition sämtliche ihrer rentenpolitischen Versprechen gebrochen hat:

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP hieß es: „Rente ist kein Almosen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch einen Anspruch auf eine gute Rente.“ Herausgekommen ist ein zynischer Begriff.
Was von Schwarz-Gelb als „Lebensleistungsrente“ verkauft wird, soll, so die Koalition, „knapp oberhalb der Grundsicherung“ liegen.

Im Klartext: ein paar Euro drauf – ein Almosen eben. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP hieß es auch: „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“ Die Rentenangleichung aber hat Angela Merkel beerdigt. Zuerst große Töne, dann überall Wortbruch – das ist die Bilanz schwarz-gelber Rentenpolitik.

Finanzen

Griechenland – Nur nicken machen wir nicht!

Es ist für das Parlament nicht hinnehmbar, sich in der Frage der Griechenlandbeschlüsse unter Druck setzen zu lassen. Wochenlang drehen sich die Finanzminister bei ihren Beratungen im Kreis, aber dann soll der Bundestag innerhalb von 48 Stunden zustimmen. Da fehlt jeder Respekt vor dem Parlament.
Tatsächlich sind nach dem Beschluss der Finanzminister weder die zugrunde liegenden Berechnungen über die Entwicklung der griechischen Staatsschuld noch die Auswirkungen der Beschlüsse auf den deutschen Bundeshaushalt beim Bundestag eingegangen. Der Bundestag ist kein Abnickparlament.
Wir fragen die Bundesregierung: Worüber soll eigentlich entschieden werden? Denn die Finanzminister selbst haben zusätzliche Finanzmittel für Griechenland unter dem Vorbehalt beschlossen, dass der Rückkauf von Schulden durch die griechische Regierung gelingt. Davon macht auch der IWF seine weitere Beteiligung am Griechenlandprogramm abhängig. Es geht also vor allem um den Beschluss zur Eröffnung des griechischen Schuldenrückkaufprogramms.
Abschließende Entscheidungen über die Griechenlandhilfe werden erst im Dezember folgen, abhängig davon, ob der Schuldenrückkauf erfolgreich und die Beteiligung des IWF gesichert ist.
Wie immer dies ausgeht, eines ist schon lange klar: Bei der Europapolitik von Merkel und Schäuble bleibt es bei demselben unwürdigen Schauspiel. Es wird getrickst und getäuscht, es wird gelogen und betrogen. 32 Milliarden Euro beträgt die Finanzierungslücke für Griechenland. Die Bundesregierung aber verweigert klare Auskunft darüber, wo das Geld herkommen soll.
Merkel und Schäuble wissen, dass ein weiterer Schuldenschnitt unausweichlich geworden ist, und sie wissen, dass er den Bundeshaushalt belasten wird. Angela Merkel aber will diesen Offenbarungseid ihrer gescheiterten Euro-Politik um jeden Preis vor der

Landtagswahl in Niedersachsen im Januar und vor der Bundestagswahl im kommenden September vermeiden. Wir müssen die Ursachen der Krise, nicht nur ihre Symptome bekämpfen. Nur so können wir die Steuerzahler auf Dauer schützen und die Stabilität in Europa wiedergewinnen.
Wir werden deshalb gemeinsam mit den Grünen unser Konzept zur Beendigung der Staatshaftung bei Bankenkrisen in den Bundestag einbringen. Der Vertrauensverlust im Euroraum ist vor allem auf eine Krise der Banken und der Finanzmärkte zurückzuführen.
Um die seit 2008 verlorene Stabilität zurückzugewinnen, die Rezession zu überwinden und Staatsverschuldung zu senken, ist die Bändigung der Finanzmärkte unausweichlich. Wer Risiken eingeht, muss auch haften. Deshalb fordern wir ein europäisches Abwicklungsregime und eine europäische Abwicklungsbehörde für insolvente Banken sowie einen Bankenfonds, in den die Banken einzahlen und mit dem die Eigentümer der Banken, die von Gewinnen profitieren, in Zukunft auch selbst für die Kosten bei Restrukturierung und Rekapitalisierung aufkommen.
Wir wollen verhindern, dass der mit dem Geld der Steuerzahler gespeiste Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zur direkten oder indirekten Kapitalspritze für Banken in Schieflage wird.

Gesundheit

Pflegekosten – Der Pflege-Bahr ist nicht der Rede wert!
Der Bericht der Barmer GEK zeigt, dass die privaten Pflegekosten gestiegen sind. Die Menschen müssen mit höheren Aufwendungen bei Pflegebedürftigkeit rechnen. Diese privaten Zusatzkosten ließen sich durch den Ausbau von Strukturen ändern, die ein alt werden in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen.
Statt die Soziale Pflegeversicherung zu stärken, setzt Schwarz-Gelb auf den Pflege-Bahr. Eine Placebo-Maßnahme, die die Probleme der gestiegenen Pflegekosten in der Pflegeversicherung nicht löst und der Versicherungswirtschaft Geld in den Rachen wirft.
Die Untersuchung der Barmer GEK macht deutlich, dass vor allem die Heimkosten für Pflegebedürftige extrem teuer sind. Dabei möchten die meisten Menschen lieber in der eigenen Häuslichkeit alt werden. Um diesem Wunsch gerecht zu werden, fehlen wichtige Investitionen in die Pflegeinfrastruktur und in die Unterstützung von Angehörigen. Die Kosten ließen sich dadurch in erheblichen Maße senken. Statt Strukturreformen vorzunehmen, ist die Regierung jedoch damit beschäftigt, der privaten Versicherung Geld zuzuschustern.
Den Pflege-Bahr wird nur eine kleine Minderheit in Anspruch nehmen. Der Gewinn aus der Versicherung ist so gering, dass er kaum der Rede wert ist. Ein Gesamtkonzept Pflege und ein schlüssiges Finanzierungskonzept – wie die Pflegebürgerversicherung – liefert diese Regierung nicht.

Ernährung, Verbraucherschutz

Schlachtbetriebe – Frühkapitalistische Zustände!
Wir fordern einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und Branchentarifverträge für die Schlachtbranche. Die Arbeitsbedingungen in den Schlachtbetrieben wollen wir mit unserem Antrag gezielt verbessern. Wir wollen die Arbeitgeber dazu verpflichten, die zur Erfüllung des Arbeitsauftrages notwendige Ausrüstung sowie Arbeitsschutzausrüstung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, unabhängig von ihrem Vertragsstatus, kostenfrei zu stellen.
Wir wollen die Ausbildungs- und Qualifikationsvoraussetzungen der Schlachter durch eine verbindliche, regelmäßige Wiederholung eines Sachkundenachweises verbessern. Den Arbeitgebern soll es zukünftig verboten sein, Kost und Logis für Festangestellte, Leiharbeitnehmer und vor allem entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Entgelt abzuziehen. Durch die Verpflichtung zu regelmäßigen Arbeitsschutzbelehrung wollen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser vor Sicherheits- und Gesundheitsgefahren schützen. Deutschland ist zum Dumpingland der europäischen Schlachtbranche verkommen.
Auf Kosten von Menschen, Tieren und Umwelt betreiben die Schlachtkonzerne ein Ausbeutungssystem im klassischen Sinne voran. In den deutschen Schlachthöfen herrschen frühkapitalistische Zustände. Teilweise kommen auf einen Festangestellten neun Werkvertragsarbeiter vornehmlich aus osteuropäischen Staaten. Oft werden die ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in menschenunwürdigen Unterkünften untergebracht. Die sozialen Missstände in den deutschen Schlachthöfen sind nicht mehr hinnehmbar. Teilweise ist es den Beschäftigten ausdrücklich verboten, sich gewerkschaftlich zu engagieren. Grundgesetzlich geschützte Menschenrechte und Sozialstandards treten die Fleischkonzerne mit den Füßen. In besonders betroffenen Regionen wie in Nordwest-Niedersachsen gehen daher die lokale Bevölkerung zusammen mit Kirchenvertretern auf die Barrikaden. Die mangelhafte Ausbildung und Ausrüstung der prekär Beschäftigten in den deutschen Schlachthöfen führen auch zu massiven tierschutzrechtlichen Problemen.
Die Einkäufer im Lebensmitteleinzelhandel sind aufgefordert, ihre Einkaufspolitik auch an die Einhaltung von Sozialstandards in der Ernährungswirtschaft zu orientieren. Neben der Produktqualität müssen Produktionsbedingungen und Sozialstandards bei der Einkaufsentscheidung in den Vordergrund rücken.

In eigener Sache

Rente – Ich stelle das neue Konzept vor!
In den letzten Tagen ist viel über das neue Rentenkonzept gesprochen worden. Ich stelle dieses Konzept am Montag, den 03. Dezember 2012 um 19.00 Uhr im Hotel Lindenwirtin, Neustraße 29-31 in Bad Hönningen vor. Gemeinsam mit der Gewerkschaft wollen wir uns mit diesem Konzept beschäftigen und ausführlich diskutieren. Ich würde mich sehr freuen, viele von Euch dort begrüßen zu können. Der Eintritt ist wie immer frei. Sehen wir uns?

Termine

01.12.12	**11.00 Uhr**	**Tibet-Gesprächskreis AK**
	13.00 Uhr	**Weihnachtsmarkt AK**
	16.00 Uhr	**VdK-Weihnachtsfeier AK**
02.12.12	**13.30 Uhr**	**Weihnachtsbasar Realschule und FOS Asbach**
	15.00 Uhr	**AWO Weihnachtsfeier Linz**
03.12.12	**19.00 Uhr**	**Renten-VA Bad Hönningen**
04.12.12	**20.00 Uhr**	**Internes Fachgespräch mit Uli Kelber MdB zur Landwirtschaft, Mittelhof**
05.12.12	**10.00 Uhr**	**Hausbesuche Wallmenroth**
	17.00 Uhr	**Zukunftsdialog Flammersfeld**
06.12.12	**16.00 Uhr**	**ZDF-Fernsehrat, Mainz**
07.12.12	**09.00 Uhr**	**ZDF-Fernsehrat, Mainz**
	17.00 Uhr	**Dystonie, Caritas NR**
	19.30 Uhr	**SPD-OV Engers**

Bonbon

„Jede Frittenbude in Deutschland wird besser gemanagt, als die Energiewende in diesem Land."

(Peer Steinbrück, SPD)